



Protokoll

7. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 13. Dezember 1995

16.00 – 19.00 Uhr

Abwesend Vormittag:

keine Sitzung

Abwesend Nachmittag:

Franz Ammann, Jacqueline Halder, Hans Herter, Andres Klein, Rita Mächler, Daniel Müller, Röbi Ziegler, Matthias Zoller

Kanzlei

Walter Mundschin

Protokoll:

Heinz Buser und Hans Artho

Index**Anlobung**

Bezirksgerichtes Laufen	147
des Präsidenten und der Mitglieder	147
Friedensrichter und der Friedensrichterin des	
Bezirks Laufen	147
Strafgerichtspräsident Adrian Jent	147

Bezirksgericht Arlesheim

Ausserordentliche Gerichtspräsidien	148
---	-----

Landratsbeschluss	149, 153
-------------------------	----------

Mitteilungen	147
--------------------	-----

Stellenbegehren

Verwaltungsgericht/Versicherungsgericht

u. Steuerrekurskommission	147
---------------------------------	-----

Teuerungsausgleich	150
--------------------------	-----

Überweisung

an eine Spezialkommission	147
---------------------------------	-----

Regierungsprogramm 1995 - 1999.	147
--------------------------------------	-----

Voranschlag 1996	153
------------------------	-----

Traktanden

1 95/196

Bericht der Landeskanzlei vom 8. November 1995: Anlobung des Präsidenten und der Mitglieder des Bezirksgerichtes Laufen

alle angelobt 147

2 95/197

Bericht der Landeskanzlei vom 8. November 1995: Anlobung der Friedensrichter und der Friedensrichterin des Bezirks Laufen

alle angelobt 147

3 95/208

Bericht der Landeskanzlei vom 23. November 1995: Anlobung von Strafgerichtspräsident Adrian Jent

angelobt 147

4 95/204

Bericht des Regierungsrates vom 14. November 1995: Regierungsprogramm 1995 - 1999. Überweisung an eine Spezialkommission von 13 Mitgliedern

beschlossen 147

5 95/213

Bericht der Personalkommission vom 1. Dezember 1995: Stellenbegehren für das Verwaltungsgewicht/Versicherungsgericht und die Steuerrekurskommission

beschlossen 147

6 95/182

Berichte des Obergerichtes vom 18. Oktober 1995 und der Justiz- und Polizeikommission vom 29. November 1995: Ausserordentliche Gerichtspräsidien am Obergericht und am Bezirksgericht Arlesheim

beschlossen 148

7 95/195

Berichte des Regierungsrates vom 7. November 1995 und der Personalkommission vom 1. Dezember 1995: Teuerungsausgleich per 1. Januar 1996

gemäss Antrag Personalkommission beschlossen 150

8 95/168

Berichte des Regierungsrates vom 12. September 1995 und der Finanzkommission vom 2. Dezember 1995: Voranschlag 1996

Beratung 153

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt:

9 95/168-1 bis 168-17

Berichte des Regierungsrates vom 21. November 1995 und der Finanzkommission vom 29. November 1995: 17 Budgetanträge zum Voranschlag 1996

10 95/193

Bericht des Regierungsrates vom 31. Oktober 1995: Jahresprogramm 1996 des Regierungsrates. Direkte Beratung

11 95/149

Berichte des Regierungsrates vom 22. August 1995 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 28. November 1995: Projekt Spontanfahrten für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft (Partnerschaftliches Geschäft)

12 Fragestunde

13 95/188

Interpellation von Roger Moll vom 19. Oktober 1995: Fachhochschule beider Basel für Technik und Wirtschaft. Schriftliche Antwort vom 14. November 1995

14 95/200

Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL/BS

15 95/202

Interpellation von Esther Aeschlimann-Degen vom 9. November 1995: Regelmässige Schulbesuchszeiten (=Blockzeiten) an den Primarschulen. Antwort des Regierungsrates

16 95/172

Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen

17 95/183

Interpellation der SP-Fraktion vom 19. Oktober 1995: Finanzkraft. Antwort des Regierungsrates

18 95/184

Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957)

19 95/157

Motion von Urs Steiner vom 11. September 1995: Gemeindeautonomie für Amtszeitbeschränkung von Gemeindebehörden

20 95/159

Motion von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980

21 95/186

Postulat von Rudolf Keller vom 19. Oktober 1995: Stopp dem Ärger mit den Abstimmungs- und Wahlplakaten

22 95/185

Motion von Rudolf Keller vom 19. Oktober 1995: Schnellstmöglicher Bau des Umfahrungstunnels J2

23 95/199

Postulat von Dieter Völlmin vom 9. November 1995: Neu-urteilung des Erwerbs und der Instandstellung von Schloss Wildenstein

Nr. 172

Mitteilungen

Landratspräsidentin Liselotte Schelble: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur ersten Mittwochnachmittags-Sitzung der neuen Amtsperiode. Ich habe **keine Mitteilungen** zu machen.

://: Für Andres Klein amtiert als Büromitglied Ursula Jäggi

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 173

Zur Traktandenliste

Claude Janiak beantragt, Traktandum 17 vorzuziehen und nach Traktandum 8, Voranschlag, zu behandeln

://: Dem Antrag wird zugestimmt.

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 174

1 95/196

Bericht der Landeskanzlei vom 8. November 1995: Anlobung des Präsidenten und der Mitglieder des Bezirksgerichtes Laufen

- als Bezirksgerichtspräsident: Beat Lanz, Röschenz,
- als Mitglieder des Bezirksgerichtes Laufen: Oswald Bögli, Laufen; Yvonne Borer, Zwingen; Hans Buri, Brislach; René Croll, Laufen; Hannelore Cueni, Zwingen; Beatrice Weber, Laufen.

Die vorgenannten Personen legen das Amtsgelübde ab.

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 175

2 95/197

Bericht der Landeskanzlei vom 8. November 1995: Anlobung der Friedensrichter und der Friedensrichterin des Bezirks Laufen

- Urs Kurth, Laufen, und Daniel Haussener, Liesberg, als Friedensrichter des Kreises 7;
- Elisabeth Schindelholz, Grellingen, als Friedensrichterin und Peter Baumann, Grellingen, als Friedensrichter des Kreises 8;
- Benno Hueber, Zwingen, und Kurt Cueni, Blauen, als Friedensrichter des Kreises 9;
- Walter Ackermann, Burg, und Anton Karrer, Röschenz, als Friedensrichter des Kreises 10.

Die vorgenannten Personen legen das Amtsgelübde ab.

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 176

3 95/208

Bericht der Landeskanzlei vom 23. November 1995: Anlobung von Strafgerichtspräsident Adrian Jent

- Adrian Jent legt das Amtsgelübde ab.

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 177

4 95/204

Bericht des Regierungsrates vom 14. November 1995: Regierungsprogramm 1995 - 1999. Überweisung an eine Spezialkommission von 13 Mitgliedern

://: Einstimmig wird auf Antrag des Büros beschlossen, die Kommission einzusetzen. Die Fraktionen melden dem Vize-Präsidenten ihre diesbezüglichen Nominierungen. Die FDP übernimmt das Präsidium und die CVP das Vize-Präsidium. Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt durch das Büro.

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 178

5 95/213

Bericht der Personalkommission vom 1. Dezember 1995: Stellenbegehren für das Verwaltungsgericht/Versicherungsgericht und die Steuerrekurskommission

Adolf Brodbeck, Kommissionspräsident: Anlass zu dieser Vorlage gibt der Stellenstopp vom Jahre 1993. Im Vergleich zur Verwaltung haben die Gerichte eine geringere Stellenzahl, daher auch weniger Spielraum punkto Sollstellen. Das vorliegende Begehren sprengt den Sollstellenplan. Diese Frage steht im Vordergrund. Der Regierungsrat ist die oberste vollziehende Behörde im Kanton, die Gerichte sind aber grundsätzlich autonom. Regierung und Personalplafonierungskommission haben daher dem Verwaltungsgericht empfohlen, das Begehren direkt dem Landrat zu unterbreiten.

Das Verwaltungs- und Versicherungsgericht wie auch die Steuerrekurskommission müssen alle Entscheide/Urteile schriftlich begründen. Hier liegt nun der Engpass. Man bemüht sich sehr um eine effiziente Organisation. Trotzdem hat der Aufgabenumfang in wenigen Jahren erheblich zugenommen.

Das Stellenbegehren ist klar begründet. Ich bitte Sie daher, auf die Vorlage einzutreten.

Eva Chappuis: Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Eintreten. Die Schaffung der Stelle bringt an sich keine Mehrkosten. Die Arbeit wurde bisher durch befristete Anstellungen geleistet. Hier geht es also nur darum, die anderthalb Stellen zu ordentlichen Vollstellen zu machen.

Susanne Buholzer: Auch die FDP-Fraktion unterstützt einstimmig den Antrag der Personalkommission.

Peter Holinger: Die SVP/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag, der in der Kommission bestens begründet wurde.

Adrian Meury: Auch die CVP-Fraktion ist in Anbetracht des immer grösseren Arbeitsaufwandes für Eintreten auf dieses Geschäft.

Peter Degen: Die Fraktion der Schweizer Demokraten kann dem Stellenbegehren einstimmig zustimmen.

Lukas Ott: Auch die Grüne Fraktion kann den beiden Stellenbegehren zustimmen. Wir haben betr. Vorgehensweise gewisse Vorbehalte anzubringen. Es ist unüblich, dass eine gerichtliche Behörde mit einer Vorlage an den Landrat gelangt. Bisher gelangten die Gerichte immer an den Regierungsrat als antragstellende Behörde gegenüber dem Landrat. Dadurch soll die richterliche Unabhängigkeit nicht tangiert werden. Ich bin aber kein Verfechter dieser Argumentation, meiner Ansicht nach spricht nichts gegen einen direkteren Weg zwischen Gericht und Landrat.

Ich finde es aber stossend, dass just die Gerichte mit einer Vorlage direkt an den Landrat gelangen. Wir haben ein Verfahrensrecht, das den Weg vorgibt. Dass aber ein

Handlungsbedarf besteht, das steht auf einem andern Blatt.

Krähenbühl Bruno: Ich bin nicht ganz gleicher Meinung wie der Vorredner. Gemäss Paragraph 82 unserer Verfassung vertreten das Obergericht und das Verwaltungsgericht die ihnen zugeordneten Gerichte im Verkehr mit andern Behörden. Behörden in der Mehrzahl. Unsere Verfassung kennt nur zwei Behörden, den Landrat und den Regierungsrat. Die Meinung war sicher, dass die Gerichte direkt mit dem Landrat verkehren können. Nach Paragraph 54 des Landratsgesetzes besteht ein Antragsrecht. Hier sollte man eine Klärung ins Auge fassen.

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Dass hier zwei verschiedene Meinungen vertreten werden, ist für mich absolut nachvollziehbar. Im vorliegenden Fall hat der Finanzdirektor mit dem Verwaltungsgerichtspräsidenten ein Gespräch geführt. Man hatte schon einmal den direkten Weg gewählt, warum sollte man diesmal nicht auch. Ich habe Verständnis dafür, dass im Landrat nun eine gewisse Verwirrung besteht. Wir werden uns der Sache wohl einmal annehmen müssen.

Eintreten ist unbestritten

://: Dem Antrag der Personalkommission wird in allen Punkten ohne Gegenmehr zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Stellenbegehren für das Verwaltungsgericht/Versicherungsgericht und die Steuerrekurskommission

Vom 13. Dezember 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Von den Anträgen des Verwaltungsgerichtes und der Steuerrekurskommission zur Schaffung einer zusätzlichen halben ordentlichen Stelle am Verwaltungs- und Versicherungsgericht und einer zusätzlichen ordentlichen Stelle bei der Steuerrekurskommission, beides verbunden mit entsprechender Aufstockung des Sollstellenplans, wird zustimmend Kenntnis genommen.*
- 2. Dem Regierungsrat wird empfohlen, in begründeten Fällen, welche eine geringfügige Aufstockung des Sollstellenplans erfordert, abschliessend zu entscheiden und dem Landrat Kenntnis zu geben.*

Verteiler:

- Obergericht, Bahnhofstrasse 16, 4410 Liestal*
- Verwaltungsgericht, Poststrasse 3, 4410 Liestal*
- Steuerrekurskommission, Kreuzbodenweg 1, 4410 Liestal*
- Finanzkontrolle*
- Finanzverwaltung*
- Landeskanzlei*

Für das Protokoll:
Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 179

6 95/182

Berichte des Obergerichtes vom 18. Oktober 1995 und der Justiz- und Polizeikommission vom 29. November 1995: Ausserordentliche Gerichtspräsidien am Obergericht und am Bezirksgericht Arlesheim

Peter Völlmin, Kommissionspräsident: Aufgrund der Voten zum vorhergehenden Geschäft möchte ich den formellen Punkt vorziehen: Paragraph 1 Abs. 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes, das seit dem 1. Juli 1995 in Kraft ist, sieht vor, dass der Landrat auf Antrag des Regierungsrates die Zahl der Gerichtskammern und Gerichtsmitglieder bestimmt. Im Vorfeld dieses Geschäftes ist eine kleine Doppelspurigkeit aufgetreten. Es kam, wie früher üblich, ein Antrag des Obergerichtes direkt an den Landrat. Der Regierungsrat hat sich dann dem Antrag angeschlossen. Es ist daher sicher nicht angezeigt, allenfalls aus formellen Gründen nicht auf das Geschäft einzutreten. Das Problem ist eher praktischer Natur, indem in 18 Tagen das ausserordentliche Gerichtspräsidium am Bezirksgericht Arlesheim abläuft. Der Landrat muss entscheiden, wie es weitergehen soll.

1990 wurde am Obergericht ein ausserordentliches Halbamt eingeführt. Später dann am Bezirksgericht Arlesheim ein viertes Gerichtspräsidium mit einem 75%-Pensum. Aufgrund der damaligen Rechtslage konnten ausserordentliche Präsidien nur für ein Jahr beschlossen werden, was zu einem jährlichen Ritual von Verlängerungen führte. Es wurden nicht nur Präsidien aufgestockt, sondern auch eine Strukturanalyse durchgeführt, die zur Revision der Zivilprozessordnung geführt hat.

Die Kommission hat sich davon überzeugt, dass die Gründe, die zur Schaffung dieser ausserordentlichen Präsidien geführt haben, nach wie vor bestehen. Paragraph 23bis Gerichtsverfassungsgesetz schreibt jetzt nicht mehr eine Jahresfrist vor, er nennt als Richtschnur die Umstände, die für solche ausserordentliche Präsidien massgebend sein sollen. Mit dem Kapazitätsengpass sind diese Umstände gegeben.

Die heutigen Amtsinhaber an den Gerichten sind gewählt bis zum 31. März 1998. Der Landrat wird vor Beginn der neuen Amtsperiode per Dekret die Zahl der Gerichtskammern und Mitglieder festlegen, wobei die Erfahrungen mit dem revidierten Gesetz einfließen sollen. Um bei der Beratung dieses Dekretes nicht in Zeitdruck zu kommen, hat die Justiz- und Polizeikommission unter Ziffer 5 des Beschlussesentwurfes die Verpflichtung für die Regierung aufgenommen, die Vorlage für dieses Dekret in der zweiten Hälfte 1996 vorzulegen. Die JPK beantragt mit 12 Stimmen bei 1 Enthaltung die beiden ausserordentlichen Präsidien bis zum Ablauf der gegenwärtigen Amtsperiode zu verlängern. Für die beiden Präsidien liegen die Kandidaturen der bisherigen Amtsinhaberin und des bisherigen

Amtsinhabers vor. Die Kommission beantragt mit gleichem Stimmenverhältnis, die Bisherigen zu wählen.

Peter Tobler: Die FDP-Fraktion hat den Anträgen der JPK zugestimmt. Es handelt sich um eine wichtige Vorlage, denn sie eröffnet die Perspektiven für die Zukunft des Gerichtswesens und erleichtert den Schritt zu gewissen Reformen des Gerichtbetriebes. Gemäss Strukturanalyse ist verschiedenes nicht im Gleichgewicht. Wir machen nun den Zwischenschritt, bis wir die Grundsatzentscheide treffen können, was in etwa zwei Jahren der Fall sein wird.

Es gibt nichts Schlimmeres und Peinlicheres als ein Gerichtsverfahren, das sich dahinschleppt und das Einzige nicht bringt, was es bringen sollte, nämlich den Entscheid. Um hier innert einer erträglichen Zeit zu einem Ergebnis zu gelangen, dient unser Zwischenschritt. Dass die Situation unerträglich ist, liegt zum Teil auch bei den Gerichten, und hier müssen wir dafür sorgen, dass es nicht mehr an den Gerichten liegt.

Katherina Furler: Die SP-Fraktion ist einstimmig für die Anträge der JPK. Dass die ausserordentlichen Präsidien nötig sind, bezweifelt hier wohl niemand.

Willi Grollmund: Auch die SVP/EVP-Fraktion unterstützt einstimmig die Weiterführung der beiden Gerichtspräsidien und die Bestätigung der bisherigen Amtsinhaberin und des Amtsinhabers.

Gregor Gschwind: Wir befinden nicht zum erstenmal über die ausserordentlichen Gerichtspräsidien. Der Unterschied besteht darin, dass wir mehr als um ein Jahr verlängern. Die CVP-Fraktion ist mit dem von der JPK vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden. Wir erachten es als sinnvoll, dass man zusammen mit den Richterinnen und Richtern eine Auslegeordnung macht und im Hinblick auf das Dekret die Sache näher betrachtet.

Bruno Steiger: Wir können mit der Verlängerung der beiden Gerichtspräsidien bis zum Ende der jeweiligen Amtsperioden leben. Wir hoffen aber, dass sich bis dann dank der Revision der ZPO die Anzahl der Richter reduzieren lässt und im neuen Dekret verankert wird.

Lukas Ott: Ich kann Ihnen die Uebereinstimmung der Grünen Fraktion mit dem Entwurf zum Landratsbeschluss bekanntgeben. Der Landrat wählt hier eigentlich ein unorthodoxes Vorgehen. Paragraph 23bis Gerichtsverfassungsgesetz ist nicht unbedingt für die vorliegende Situation gedacht. Ich bin aber glücklich darüber, wie sich die Sache entwickelt. Besonders glücklich bin ich über Punkt 5 des Entwurfes.

Im Zusammenhang mit dem Votum von Bruno Steiger möchte ich vor ganz grossen Illusionen warnen. Mit der Revision der ZPO haben wir die Präsidialkompetenzen gestärkt. Die Präsidien werden somit mehr zu tun haben als heute.

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Ich danke dem Landrat für die gute Aufnahme dieser Vorlage. Es wurde schon eingangs auf die kleine Panne hingewiesen, indem

Sie die Vorlage vom Obergericht und nicht vom Regierungsrat erhalten haben. Dies ist aber in gegenseitiger Absprache geschehen. Mit unserem Schreiben an die JPK haben wir versucht, die Sache zu bereinigen. Es war von allen Beteiligten wohl auch etwas zu blauäugig, zu meinen, ein halbes Jahr nach Inkraftsetzung des EVG den Ueberblick zu haben. Wir müssen zuerst Erfahrungen sammeln. Auch ich möchte Herrn Steiger vor Illusionen warnen. Ich bin mit Punkt 5 sehr einverstanden.

Eintreten unbestritten

://: Dem Entwurf zum Landratsbeschluss wird in allen Punkten einstimmig zugestimmt.

*Landratsbeschluss
betreffend ausserordentliche Gerichtspräsidien am Obergericht und am Bezirksgericht Arlesheim*

Vom 13. Dezember 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Das bis zum 31. März 1996 befristete, halbamtliche ausserordentliche Gerichtspräsidium am Obergericht wird bis zum Ablauf der am 31. März 1998 endenden Amtsperiode verlängert.*
2. *Der Landrat wählt für das halbamtliche ausserordentliche Gerichtspräsidium am Obergericht vom 1. April 1996 bis zum 31. März 1998 die bisherige Amtsinhaberin, Frau Jacqueline Kiss.*
3. *Das ausserordentliche vierte Gerichtspräsidium am Bezirksgericht Arlesheim mit 75% Pensum, befristet bis 31. Dezember 1995, wird bis zum Ablauf der am 31. März 1998 endenden Amtsperiode verlängert.*
4. *Der Landrat wählt für das ausserordentliche vierte Gerichtpräsidium am Bezirksgericht Arlesheim vom 1. Januar 1996 bis zum 31. März 1998 den bisherigen Amtsinhaber, Herrn Marcel Leuenberger mit 75%-Pensum.*
5. *Der Regierungsrat wird beauftragt, das Dekret betreffend der Anzahl der Präsidentinnen und Präsidenten, der Richterinnen und Richter, der Gerichtskammern und der Gerichtsmitglieder an den kantonalen Gerichten in der zweiten Hälfte des Jahres 1996 dem Landrat vorzulegen.*

Verteiler:

- Gewählte durch Wahlanzeige
- Obergericht, Bahnhofplatz 16, 4410 Liestal
- Justiz-, Polizei- und Militärdirektion
- Finanzkontrolle
- Finanzverwaltung
- Landeskanzlei

Für das Protokoll:

Heinz Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 180

7 95/195

Berichte des Regierungsrates vom 7. November 1995 und der Personalkommission vom 1. Dezember 1995: Teuerungsausgleich per 1. Januar 1996

Adolf Brodbeck, Kommissionspräsident: Zum dritten aufeinanderfolgenden Mal befinden wir heute über den Teuerungsausgleich des Staatspersonals. Mit dem Sparpaket I vom Mai 1993 haben wir eine Anzahl von Grundsatzbeschlüssen gefasst. U.a. haben wir beschlossen, die Teuerung während zwei Jahren degressiv auszugleichen. Für 1996 ist dieser Beschluss mit dem Sparpaket II bestätigt worden. Nach Verhandlungen mit den Beamtenverbänden stellt die Regierung den Antrag, die Teuerung auf zwei Prozente festzusetzen und degressiv auszugleichen, wobei höhere Eckwerte als 1994 beantragt werden. Die Personalkommission ist mit diesen zwei Prozenten einverstanden, wobei für die Degression die Eckwerte vom Modell 1994 gelten sollen.

Die Berichterstattung in den Medien hat gezeigt, dass man den Begriff 'Degression' nicht ganz verstanden hat. Darum gehe ich nochmals auf die finanziellen Konsequenzen ein:

Zwei Prozent linear würden teuerungsbedingte Mehrkosten von 22.1 Mio. Franken zur Folge haben. Mit dem Modell der Regierung verbleiben 19 Mio. Franken Mehrkosten oder 86%. Das Modell 1994, zugleich dasjenige der Kommissionsmehrheit, bringt noch 16.5 Mio. Franken Mehrkosten oder 75% von den 22.1 Mio., was im Einzelfall maximal ca. Fr. 15.- monatlich ausmacht. Das gewählte Degressionsmodell hat den Vorteil einer sozialen Lösung. Dem gegenüber besteht der Nachteil, dass die Lohnkurve des Kadern stark verzerrt wird. Nach 1996 sollte man mit degressiven Modellen aufhören. Ich bitte Sie, auf die Vorlage einzutreten.

Susanne Buholzer: Die FDP tritt auf die Vorlage ein. Sie haben das Budget 1996 studiert und den Finanzplan gelesen. Unter diesen Umständen wäre in der Privatwirtschaft der Teuerungsausgleich überhaupt kein Thema. Wir sind überzeugt, dass die Diskussion über die Höhe des Teuerungsausgleiches jetzt ins Parlament gehört. Die FDP-Fraktion ist mit dem Antrag der Regierung nicht einverstanden. Wir sehen nicht ein, weshalb die Mehrwertsteuer mit dem Teuerungsausgleich wieder ausgeglichen werden soll. Die effektive Teuerung beträgt nämlich 0.8%. Die Angestellten des Kantons haben sehr gute Anstellungsbedingungen und eine hervorragende Pensionskasse. Das Personal profitiert zusätzlich von den Dienstalterszulagen, was pro Jahr ungefähr 1% ausmachen kann. 1996 werden die Konsumgüter eher billiger, dafür steigen die Versicherungsprämien. Die FDP-Fraktion sähe lieber einen linearen Teuerungsausgleich, sie respektiert aber die Abmachungen des Sanierungsprogrammes II. Eine

Frage an den Regierungsrat ist offen: Man hat immer von Rückstellungen für die Besoldungsrevision gesprochen. Bis heute hat man davon nichts gesehen und nichts gehört.

Die FDP beantragt aus den genannten Gründen, den Teuerungsausgleich für 1996 auf 0.8% degressiv festzusetzen. Unser Antrag ist keinesfalls ein Misstrauensvotum gegenüber den Angestellten des Kantons. Er soll ein Zeichen der Solidarität gegenüber Gewerbe und Industrie im Baselbiet sein. Wir bitten Sie, den Antrag der FDP zu unterstützen.

Heinz Giger: Der Regierungsrat unterbreitet uns eine Vorlage als Resultat von Verhandlungen mit den BL-Beamtenverbänden. Noch vor Jahren wurde der Teuerungsausgleich diskussionlos gewährt. Nun wird diese Diskussion im Landrat in extenso geführt, was aus der Sicht der SP-Fraktion der Möglichkeit der Regierung, mit den Verbänden zu diskutieren, nicht förderlich ist.

Die Vorlage der Regierung redet von einem Ausgleich von 2% degressiv bis Fr. 5'500.-, die Kommission bis Fr. 4'000.-

Für die SP-Fraktion ist der Teuerungsausgleich von 2% eine unbestrittene Sache. Das ist letztlich auch eine Frage der Kaufkraft.

Als profunder Kenner der graphischen Industrie möchte ich feststellen, dass in dieser Branche per 1. Januar 1% voller Teuerungsausgleich und 1% individuelle Lohnanpassung gewährt wird. Die rechtsliberale Monopolzeitung im Kanton BS bezahlt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern per 1. Januar 1996 3% vom Gesamtlohnvolumen. Der Kanton BL ist übrigens nicht federführend mit 2% degressiv. Acht Kantone zahlen 2% linear. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage des Regierungsrates mit 2% bis Fr. 5'000.-

Peter Holinger: Die EVP/SVP-Fraktion ist bei einigen Enthaltungen grundsätzlich für Eintreten auf dieses Geschäft und auf die Anträge der Personalkommission. Seit meiner ersten Sitzung in dieser Kommission hat man von vielen Geschäftsschliessungen gehört, von Konkursen, Arbeitsplatzabbau usw. An einer Einführung in der Personalkommission wurde uns bewusst, wie die Lohnstrukturen sind und wie die Automatismen betr. Dienstalterszulagen, Beförderungen, Familienzulagen etc. doch etwa 15 Mio. jährlich einschenken. Die erwähnten Zeitzeichen machen mir grosse Sorgen. Als Mitglied des Zentralvorstandes des schweiz. Spenglermeisterverbandes kann ich darüber berichten. Wir haben zB 1.2% bestimmt, wovon Fr. 40.- fix; was darüber liegt, kommt zur individuellen Verteilung. Zwei Prozent sind im Vergleich zur Privatwirtschaft ein hoher Prozentsatz, was in der Öffentlichkeit nicht leicht verstanden wird. Im Sinne der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Personalverbänden stimmt unsere Fraktion den Anträgen der Personalkommission mehrheitlich zu, in der Hoffnung, dass bei kommenden Verhandlungen die erwähnten Zeitzeichen erkannt und auch einfließen werden.

Urs Baumann: Die CVP-Fraktion ist für Eintreten. Als Motto zu den zwei, drei Sätzen, die ich zur Vorlage sagen werde, entnehme ich der BAZ folgenden Passus: Die

schizophrene Situation bleibt bestehen, die Rezession ist überwunden; aber niemand glaubt daran.

Wir beraten nachher miteinander das Budget, meines Erachtens ein schlechtes Budget. Wir haben eine Vorlage vor uns, die von 2% Teuerung spricht. Wir haben max. 1%, effektiv sind es 0.8%. Die Ausgleichs, die um uns herum gewährt werden, liegen zwischen 0% und max. 2.2%. Man spricht mehrheitlich von Lohnanpassungen. Die 1 bis 1.5% sind aber kein Teuerungsausgleich sondern Realloohnerhöhungen, Beförderungsanteile etc, was wir beim Staat mit den Dienstalterszulagen ohnehin schon haben. Wir dürfen also nicht mit der Wirtschaft vergleichen. Wir müssen auch sehen, dass wir immer mehr Arbeitslose haben, mehr Fürsorgeempfänger. In der Situation, in der sich die ganze Wirtschaft in der Region befindet, sollten wir eine gewisse Solidarität auch vom Staatspersonal erwarten können. Ausserordentliche Gewinne machen nur ein paar Banken und Chemieunternehmen, die ihr Geld im Ausland verdienen.

Im übrigen ist es falsch zu glauben, mit dem Teuerungsausgleich könne der Konsum angeheizt werden.

Die CVP-Fraktion ist daher mehrheitlich für folgende Regelung: Teuerungsausgleich von 1% degressiv auf 0% hinunter, was konsequenterweise auch für die Sozialzulagen gelten soll.

Ruedi Keller: Wir Schweizerdemokraten haben letztendlich dem degressiven Modell zugestimmt. Für uns war es klar, dass auch Beamtinnen und Beamte etwas zu den Sparmassnahmen beitragen sollten. Wir haben auch gesagt, dass man die Degression nicht ständig weiterführen kann, da sonst das Lohngefüge des Staates im Laufe der Jahre auseinanderfallen würde. Von bürgerlicher Seite hat man gehört, die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern seien etwas Heiliges. Die Regierung hat nun solche Verhandlungen geführt, und die Sozialpartner sind zu einem Resultat gekommen. Es ist ein Resultat, das den Staatsangestellten nicht einfach alles gibt. Uns ist es vor allem ein Anliegen, dass die unteren Einkommen nicht weiter geschröpft werden dürfen. Sie leiden schon heute unverhältnismässig unter der unsozialen Mehrwert(straf)steuer. Nächstens soll auch die Neustrukturierung der Beamtenlöhne erfolgen. Aus diesen Gründen stimmen wir für die Regierung. Ihr Vorschlag ist ein sozial ausgewogener Weg. Wir werden mit der Kommissionminderheit stimmen.

Maya Graf: Die Grüne Fraktion ist für Eintreten. Wir lehnen den Antrag der Personalkommission ab und beantragen das Modell des Regierungsrates.

Wir respektieren die Verhandlungen zwischen dem Beamtenverband und dem Regierungsrat. Wir meinen, dass sich der Regierungsrat durchaus etwas gedacht hat, als er auf die zwei Prozent gekommen ist. Des weitern möchte die Grüne Fraktion eigentlich keine Sparmassnahmen unterstützen, wiederum zu Lasten der mittleren und kleineren Einkommen. Das Sparpotential liegt unseres Erachtens an einem andern Ort. Mit dem degressiven Ausgleich leistet das Staatspersonal durchaus seinen Beitrag. Die vielen Dienstleistungen unseres Staates sollten nicht durch negative Haltungen degradiert werden. Die vielzitierte Solidarität mit der Privatwirtschaft sollte eigentlich

umgekehrt funktionieren. Der Staat sollte eigentlich gegenüber der Privatwirtschaft ein Vorbild sein. Wir lehnen die Anträge der FDP und der CVP ab und empfehlen Zustimmung zum Regierungsmodell.

Einzel Sprecher

Danilo Assolari: Gouverner c'est prévoir. Ich stelle fest, dass der Regierungsrat nicht führt und auch nicht voraus denkt. Geführt haben die Beamtenverbände, nicht der Finanzdirektor. Es ist einfach, bei 2% nachzugeben. Bei einem Saldo der laufenden Rechnung von minus 45 Mio. steuert der Regierungsrat, wenn er in einer privaten Firma tätig wäre, auf Schleuderkurs. Betr. Vorausdenken möchte ich den Regierungsrat daran erinnern, dass ich vor Jahren eine Motion mit einer Leistungslohnkomponente überweisen liess. Diese Komponente konnte bisher aus Kostengründen nicht überwiesen werden. Weshalb versucht die Regierung nicht, den Teuerungsausgleich für eine gewisse Zeit zu reduzieren, um mit den eingesparten Mitteln dann Leistungslohnkomponenten zu finanzieren? Die Chance wurde wiederum verpasst.

Adrian Meury: Eine Minderheit der CVP-Fraktion steht hinter dem Vorschlag der Personalkommission.

Peter Brunner: Ich möchte zu allem, was bereits gesagt wurde, zu Bedenken geben, dass durch die Umwandlung der WUST in die Mehrwertsteuer Industrie und Handel hunderte von Mio. eingesackt haben. Das ist für Euch selbstverständlich. Von daher akzeptiere ich nicht, dass Ihr sagt, die Teuerung betrage 0.9%. Sie liegt bei 1.9%, und mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz wird es noch ein böses Erwachen geben.

Regierungsrat Hans Fünfschilling: Für viele hier im Saal ist die Diskussion über die Löhne neu. Wenn ich zurückschaue, hat es schon einmal ganz anders getönt. 1990 hat der Landrat auf Druck der Verbände gegen den Widerstand der Regierung 2% Realloohnerhöhung beschlossen. Zwei Jahre danach hat er wiederum gegen den klaren Widerstand der Regierung das Maximum beschlossen, obwohl wir vor einer negativen Selbstfinanzierung gewarnt haben. Damals gingen die Verbände ins Parlament und traten direkt gegen die Regierung an. Bei der Formulierung des Dekretes delegierte man die Verhandlungen an die Regierung. Man hat Leitplanken festgelegt, per Oktoberindex. Die Regierung hat sich an diese Abmachung gehalten und die entsprechenden Verhandlungen geführt. Wir machen uns aufgrund des uns übertragenen Auftrages stark für die ausgehandelte Lösung. Ich bitte Sie daher, der regierungsrätlichen Lösung zuzustimmen.

Bruno Krähenbühl: Ich staune über die Wirtschaftspolitik der konservativen Seite. Die Teuerungszulage dient der Kaufkraft erhalten. Wenn wir den Binnenmarkt nicht ganz kaputt machen wollen, dürfen wir jetzt keine falschen Signale aussenden. Eine weitere Kürzung der Teuerungszulage heisst: Achtung, die Lage ist ernst. Für den Bürger heisst dies, weniger Geld ausgeben, mehr sparen. Als Folge davon werden die Einzelhandelsumsätze noch

mehr zurückgehen. Zur Arbeitsplatzpolitik gehört die Erhaltung der Kaufkraft. Im Sinne der Partnerschaft bitte ich, dem Vorschlag der Regierung zuzustimmen. Alles andere geht gegen Treu und Glauben.

Adolf Brodbeck: Scheinbar ist das Degressionsmodell noch nicht überall verstanden worden. Frau Graf, die degressive Lösung ist eine soziale Lösung. Wenn Sie die Teuerung in Abhängigkeit vom Jahreseinkommen darstellen, sehen Sie, dass die Kurve ab Fr. 97'200.- horizontal verläuft. Solches muss man inskünftig nach Möglichkeit irgendwie darstellen.

Ich wehre mich eigentlich gegen Anträge, die nicht in der Kommission gestellt wurden. Gewisse Bereiche im Kanton sind heikel. Vorberatung ist angebracht. Ein solcher Bereich ist der Personalbereich. Die Lösung 0.8% degressiv als Sparlösung ist eigentlich schon fast eine Null-Runde. Daher bin ich für Ablehnung der Anträge der CVP und FDP. Ich bitte Sie, die Kommissionsvariante zu beschliessen.

Peter Tobler: Typisch Milizparlament. Jedermann redet von dem, was er politisch denkt und war er im Betrieb erfahren hat. Ich arbeite bei einem relativ grossen Arbeitgeber. Da gibt es für alle 0.5% Teuerungsausgleich, für individuelle leistungsorientierte Anpassungen steht 1% insgesamt zur Verfügung. Auf der Führungsebene nur Leistungszulage, keine Teuerungszulage und auch kein Sockelbeitrag. In der Bilanz 1994 ist ein Betrag von etwa 600 Mio. Währungsschwankungen enthalten, der einfach fehlt. Die Erträge, die wir ausweisen können, wurden im Ausland erwirtschaftet.

Seit der Umstellung von WUST auf Mehrwertsteuer werden Investitionsgüter für den Export nicht mehr besteuert. Die Währungsschwankungen eines Jahres haben die 6% WUST nicht nur aufgefressen, sondern um das Doppelte aufgebraucht.

Es freut mich, dass der SP-Sprecher gesagt hat, man sollte respektieren, was die Verhandlungspartner ausgehandelt haben; eine Predigt, die ich sonst gehalten habe. Ich bin nach wie vor dieser Meinung. Es steckt dahinter auch eine politische Aussage, die berücksichtigen muss, was es für alle andern bedeutet, die draussen sind, die sich für das Verhalten des Staates interessieren. Ich bitte Sie, auch an jene zu denken, die vielleicht etwas weniger erhalten.

Paul Dalcher: Ich verweise auf das neue Landratsgesetz, besonders § 7 - Ausstandspflicht - Wir gehen davon aus, dass sich die betroffenen Damen und Herren bei den Abstimmungen enthalten werden.

Lukas Ott: Ich beharre darauf, dass die Regierung die Frage von Frau Graf beantwortet, wie sie auf die zwei Prozent gekommen ist.

Regierungsrat Hans Fünfschilling: Ich habe gesagt, dass der Oktoberindex unsere Leitplanken darstellt. Damit gibt es keine Diskussion über die Grösse der Teuerung. Von Oktober zu Oktober waren es eben diese zwei Prozent.

Landratspräsidentin Liselotte Schelble:

Eintreten ist unbestritten. Wir kommen zum Landratsbeschluss.

Zu Ziffer 1 liegen zwei Anträge vor:

- FDP beantragt 0.8%
- CVP beantragt 1%

Ueber diese beiden Anträge lasse ich eventual abstimmen. Den obsiegenden Antrag stelle ich dann dem Antrag der Personalkommission (2%) gegenüber.

://: für 0.8% 23 Stimmen

://: für 1.0% 46 Stimmen

Anträge der SP- und von der FDP-Fraktionen auf namentliche Abstimmung

Landratspräsidentin Liselotte Schelble: Es geht nun um 1% oder 2%:

Detailberatung Landratsbeschluss*Ziffer 1*

In namentlicher Abstimmung wird Ziffer 1 (mit 2 %) gemäss Antrag der Personalkommission dem Antrag, die Teuerungszulage auf 1 % festzulegen, **mit 44 : 35 bei 3 Enthaltungen** genehmigt.

Für den Antrag der Personalkommission (2 %) stimmten:

Heinz Aebi, Esther Aeschlimann, Patrizia Bognar, Dölf Brodbeck, Peter Brunner, Eva Chappuis, Peter Degen, Rosy Frutiger, Käthi Furler, Barbara Fünfschilling, Heinz Giger, Maya Graf, Fritz Graf, Gregor Gschwind, Hildy Haas, Ruth Heeb, Peter Holinger, Claude Janiak, Ursula Jäggi, Rudolf Keller, Bruno Krähenbühl, Roland Laube, Peter Meschberger, Roland Meury, Adrian Meury, Ludwig Mohler, Willy Müller, Lukas Ott, Heidi Portmann, Claudia Roche, Paul Rohrbach, Christoph Rudin, Karl Rudin, Rolf Rück, Liselotte Schelble, Emil Schilt, Dominic Speiser, Bruno Steiger, Sabine Stöcklin, Erich Straumann, Dieter Völlmin, Andrea von Bidder, Urs Wüthrich und Alfred Zimmermann.

Für den Antrag der FDP (1 %) stimmten:

Danilo Assolari, Adrian Ballmer, Urs Baumann, Hansruedi Bieri, Susanne Buholzer, Paul Dalcher, Rudolf Felber, Remo Franz, Hanspeter Frey, Beatrice Geier, Willi Grollimund, Thomas Hügli, Walter Jermann, Hans Ulrich Jourdan, Uwe Klein, Rita Kohlermann, Gerold Lusser, Marcel Metzger, Peter Minder, Roger Moll, Robert Piller, Max Ribi, Max Ritter, Kurt Schaub, Paul Schär, Dieter Schenk, Robert Schneeberger, Urs Steiner, Ernst Thöni, Peter Tobler, Heidi Tschopp, Hans Rudi Tschopp, Therese Umiker, Theo Weller und Ruedi Zimmermann.

Enthaltungen:

Hans Schäublin, Oskar Stöcklin und Bruno Weishaupt.

Ziffer 2

kein Wortbegehren.

Dölf Brodbeck bittet, den Antrag hiezu abzulehnen und gemäss Vorschlag der Personalkommission zu beschliessen. Im Einzelfall ist die Auswirkung sehr gering, gesamt-haft macht es aber doch einen recht namhaften Betrag aus.

://: In namentlicher Abstimmung wird dem **Antrag der Personalkommission mit 47 : 32 bei 3 Enthaltungen** zugestimmt.

Für den Antrag der Personalkommission stimmten:

Danilo Assolari, Adrian Ballmer, Urs Baumann, Hansruedi Bieri, Patrizia Bognar, Dölf Brodbeck, Susanne Buholzer, Paul Dalcher, Ruedi Felber, Remo Franz, Hanspeter Frey, Barbara Fünfschilling, Beatrice Geier, Fritz Graf, Willi Grollimund, Gregor Gschwind, Hildy Haas, Peter Holinger, Thomas Hügli, Walter Jermann, Hans Ulrich Jourdan, Uwe Klein, Rita Kohlermann, Gerold Lusser, Marcel Metzger, Adrian Meury, Peter Minder, Roger Moll, Robert Piller, Max Ribi, Max Ritter, Paul Rohrbach, Kurt Schaub, Paul Schär, Dieter Schenk, Robert Schneeberger, Urs Steiner, Erich Straumann, Ernst Thöni, Peter Tobler, Heidi Tschopp, Hans Rudi Tschopp, Therese Umiker, Andrea von Bidder, Dieter Völlmin, Theo Weller und Ruedi Zimmermann.

Für den Vorschlag des Regierungsrates stimmten:

Heinz Aebi, Esther Aeschlimann, Peter Brunner, Eva Chappuis, Peter Degen, Rosy Frutiger, Käthi Furler, Heinz Giger, Maya Graf, Ruth Heeb, Claude Janiak, Ursula Jäggi, Rudolf Keller, Bruno Krähenbühl, Roland Laube, Peter Meschberger, Roland Meury, Ludwig Mohler, Willy Müller, Lukas Ott, Heidi Portmann, Claudia Roche, Christoph Rudin, Karl Rudin, Rolf Rück, Liselotte Schelble, Emil Schilt, Dominic Speiser, Bruno Steiger, Sabine Stöcklin, Urs Wüthrich und Alfred Zimmermann.

Enthaltungen:

Hans Schäublin, Oskar Stöcklin und Bruno Weishaupt.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird dem Landratsbeschluss, wie er von der Personalkommission unterbreitet wird, mit grossem Mehr bei einzelnen Gegenstimmen zugestimmt.

Der Landratsbeschluss lautet:

*Landratsbeschluss
betreffend Teuerungszulage für das Staatspersonal ab
1. Januar 1996*

Vom 13. Dezember 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf § 64 des Dekrets vom 17. Mai 1979 zum Beamtenengesetz beschliesst:

1. *Der Teuerungsausgleich für das Jahr 1996 wird auf 2% festgesetzt.*
2. *Es wird mit degressiver Wirkung ausgerichtet.*
3. *Die Löhne des Staatspersonals gemäss Anhang II des Dekrets vom 17. Mai 1979 zum Beamtenengesetz werden deshalb per 1. Januar 1996 wie folgt erhöht:*
 - a *für Einkommensteile bis Fr. 4'000.– Monatslohn: 2%*
 - b *für darüber hinaus gehende Einkommensteile bis Fr. 8'100.– Monatslohn: 1%*
 - c *für darüber hinaus gehende Eonkommensteile: 0%*
 - d *für Sozialzulagen: einheitlich 2%.*

*Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär*

*

Nr. 181

8 95/168

Berichte des Regierungsrates vom 12. September 1995 und der Finanzkommission vom 2. Dezember 1995: Voranschlag 1996

Roland Laube, Präsident der Finanzkommission, erläutert den Kommissionsbericht zum Budget 1996. Wenn man den Finanzplan betrachtet, muss man feststellen, dass auch in den folgenden Jahren negative Rechnungsabschlüsse zu erwarten sind. Per Ende 2001 wird die Gesamtverschuldung des Kantons 1,7 Milliarden Franken betragen. Wenn die schlechte Finanzlage beklagt wird, müsste sich eigentlich jeder Sprecher überlegen, wann er selbst zum letzten Mal zu einem "Sündenfall" beigetragen hat. Er wird dann wohl kaum lange zurückblättern müssen. Wir stellen höchste Ansprüche an den Staat, aber zahlen wollen wir nichts. Solange die Einschätzung der Finanzlage je nach Sachgeschäft sehr flexibel gehandhabt wird, wird eine echte Sanierung dieser Finanzen nicht möglich sein. Aus den Beratungen der Finanzkommission resultieren immerhin ein paar Sparvorschläge, welche eine Mehrheit gefunden haben. Diese Vorschläge machen immerhin rund 2 Mio Franken aus. Auch wenn die Finanzkommission ihre Anträge als massvoll beurteilt, kann man sich doch fragen, ob nicht noch weitere Einsparungen möglich wären und ob die vorgeschlagenen Einsparungen tatsächlich am richtigen Ort erfolgen. Mit den jetzigen Strukturen kann das Parlament nur punktuelle Korrekturen fordern. Man setzt darum grosse Erwartungen in die Globalbudgets und hofft, dass die Abstimmung über das neue Finanzhaushaltgesetz im kommenden Jahr positiv ausfallen wird. Die Kommission beantragt, auf das Budget einzutreten und ihm zuzustimmen.

Adrian Ballmer möchte Roland Laube für die professionelle Berichterstattung als Kommissionspräsident herzlich danken. Die FDP-Fraktion kann den Anträgen der Finanzkommission zustimmen. Das Budget erreicht die realistischen Erwartungen. Es braucht weitere Massnahmen auf der strategischen Ebene. Kann auf einzelne Leistungen des Staates verzichtet werden? Es braucht eine wirkungsorientierte Führung. Die Erfahrung lehrt, dass die Finanzen nie über Mehreinnahmen saniert werden können. Wir brauchen darum ein drittes Massnahmenpaket. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass der kurzfristige Ausfall von Bundesmitteln sich nicht ebenso kurzfristig ausgleichen lässt.

Urs Wüthrich: Die Gesamtbeurteilung des Budgets gibt keinen Anlass zur Sorglosigkeit. Man hat ein unerfreuliches Budget. Die SP ist der Meinung, dass unser Finanzhaushalt eine dringende Korrektur braucht. Es sollen dafür aber keine "Notfallübungen" durchgeführt werden. Es muss subtile und sorgfältige Aufbauarbeit geleistet werden. Dazu brauchen wir eine Aufgabenanalyse. Was können und wollen wir uns in Zukunft leisten? Voraussetzung für eine wirkungsvolle Korrektur ist, dass man Mitarbeiter hat, welche motiviert und bereit sind, mitzuhelfen. Die SP ist für Eintreten auf das Budget 96 und stimmt ihm zu. Regierung und Verwaltung haben ihre Aufgaben erfüllt. Wenn man einen Teil der Budgetanträge ablehnt, dann darum, weil man nicht bereit ist ja zu sagen zu Strafraktionen. Es ist unverzichtbar, dass die Mitarbeiter der Verwaltung bereit sind, die Umstrukturierung des Staatshaushaltes mitzutragen.

Hildy Haas: In der SVP/EVP-Fraktion hat man das Budget sehr gründlich beraten. Es soll kein Geld mehr ausgegeben werden ohne Kontrolle. Das Geld soll sinnvoll eingesetzt und es soll kontrolliert werden, ob es den erwarteten Nutzen bringt. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Budget noch weitere Sparmöglichkeiten aufweist. Nachdem die Finanzkommission verschiedene Budgetanträge übernommen hat, ist man bereit, auf das Budget einzutreten. Es geht aber nicht an, von Strafraktionen zu sprechen, denn jede Einsparung ist ein echter Beitrag zur Sanierung unseres Haushaltes.

Walter Jermann: Wir können feststellen, dass die Rezession von einem leichten Wachstum abgelöst worden ist. In einer Zeit, wo eigentlich Schulden abgebaut werden sollten, wird die Verschuldung allerdings weiter zunehmen. Nur dank der Zinsentwicklung kostet uns diese Neuverschuldung weniger Geld. Eine weitere Verschuldung kann aber sicher nicht unser Ziel sein. Der Regierungsrat hat die vorgegebenen Leitlinien eingehalten. Ein ausgeglichenes Budget ist ein illusionäres Ziel, und trotzdem muss es angestrebt werden. Einen Selbstfinanzierungsgrad von lediglich 45 % dürfen wir nicht weiter hinnehmen. Wir müssen einen Selbstfinanzierungsgrad von 75 % anstreben. Die Zunahme liegt mit 9 % weit über der Teuerung. Trotz aller Bedenken ist die CVP für Eintreten auf das Budget.

Rudolf Keller: Die Schweizer Demokraten sind für Eintreten, stellen aber den Antrag, das Budget sei an den

Regierungsrat zurückzuweisen. Kurzfristig mag es befriedigend sein, mittelfristig aber ist es bedenklich. Das Budget müsste um rund 30 Millionen Franken verbessert werden, um den Betrag nämlich, der uns von Bern weniger zur Verfügung stehen wird. Es geht nicht an, dass ständig neue Ausgaben beschlossen werden, ohne zu wissen, wie diese finanziert werden sollen. Die SD haben in den letzten Jahren verschiedene Sparvorschläge deponiert, und man wird dies auch jetzt wieder tun. Die Forderungen des Sparpaketes 2 müssen kurzfristig erreicht werden. Ohne wesentliche Einsparungen kann der Selbstfinanzierungsgrad nicht verbessert werden. Wir müssten bereit sein, auch konkrete Gesetzesänderungen zu beschliessen. Aus Prinzip verlangt man schon seit langem eine Plafonierung der Staatsausgaben, wie dies der Kanton St. Gallen schon seit ein paar Jahren mit Erfolg praktiziert. Er bittet, die Budgetpostulate der SD zu unterstützen. Es fällt schwer, auf dieses Budget einzutreten. Man kann es aber tun in der Meinung, dass es an den Regierungsrat zurückzuweisen ist.

Roland Meury: Der Spielraum wird eng, sehr eng sogar. Das hat System. Die Grünen sind für Eintreten, weil wir die Augen nicht vor der Realität verschliessen können. Es wäre Spiegelfechterei, das Budget an den Regierungsrat zurückzuweisen. Es ist aber auch Heuchelei, über die schlechte Finanzlage zu jammern, da und dort Sparvorschläge zu deponieren, andererseits aber eine J2 bauen zu wollen. Die Grünen finden das Budget nicht gut. Man wehrt sich gegen umweltpolitisch falsche Investitionen, aber auch gegen einen Sozialabbau. Mehreinnahmen sind unumgänglich. Dass die bürgerlichen Kreise nicht sparen wollen, haben sie im Verlaufe des Jahres genügend unter Beweis gestellt.

Urs Baumann: Die SD wollen zwar sparen, haben aber vorher, als es um die Teuerung ging, die entsprechenden Anträge abgelehnt. Die laufenden Ausgaben übertragen wir einfach auf unsere kommenden Generationen. 98 % der Ausgaben sind vorgegeben. Man muss bereit sein, Opfer zu bringen.

Hans Fünfschilling dankt allen Fraktionen, welche bereit sind, auf das Budget einzutreten. Danken möchte er aber auch der Finanzkommission für die konstruktive Zusammenarbeit. In den letzten Jahren ist bei schlechten Budgets jeweils viel mehr gejammert worden. Man ist sich zwar einig, dass dieses Budget 1996 schlecht ist. Man schaut aber doch in die Zukunft. Auch bei den Massnahmen soll man in die Zukunft sehen. Es sollen nicht nur Einzelmassnahmen ergriffen werden, sondern die gesamten Strukturen sind zu überprüfen. Vom Instrument des neuen Rechnungswesens erwartet er sehr konkrete Auswirkungen. Detailmassnahmen, z.B. die Nichtbesetzung von Stellen während ein paar Monaten, sind aber gar nicht so schlecht. Dabei gibt es allerdings wichtige Stellen, welche nicht vakant bleiben dürfen. Es fällt ihm schwer, den Rückweisungsantrag der Schweizer Demokraten überhaupt ernst zu nehmen. Vorher würde er auf konkrete Sparvorschläge der SD warten. So haben sich die SD vehement für die J2 eingesetzt, aber ebenso vehement gegen die vorgeschlagene Finanzierung. Das ist doch ein

Widerspruch. Wir sind jetzt alle gefordert. Es muss immer und überall geprüft werden, wo die Finanzsituation verbessert werden kann. Dazu braucht es aber auch die Unterstützung des Parlaments. Man soll nicht nur bei der Budgetdebatte über das Sparen reden, sondern muss dieses Ziel während des ganzen Jahres vor Augen halten.

Alfred Zimmermann: Die Sanierung des Staatshaushaltes ist ihm persönlich ein Anliegen. Wir dürfen nicht den nachfolgenden Generationen derartige Lasten überlassen. Es wurde gesagt, man könne die Staatsfinanzen nicht via Mehreinnahmen sanieren. Er ist aber der Meinung, dass eine Sanierung mittels Sparen **und** Mehreinnahmen möglich sein sollte. Das ist aber nicht möglich, wenn die Einnahmen reduziert werden. Wir müssen darum ernsthaft prüfen, wo allenfalls etwas Geld hereingeholt werden kann. Wir gehören zu einem reichsten Länder der Welt, und Baselland gehört zu den steuergünstigsten Kantonen der Schweiz. Jene, welche mehr Steuern zahlen könnten, sind aber nicht bereit, ihren Beitrag zu leisten. Die Arbeitnehmer können sicher nicht durch mehr Lohnprozente belastet werden. Er möchte Regierung und Finanzkommission bitten zu prüfen, wo Möglichkeiten vorhanden sind, welche mehrheitsfähig wären.

Peter Brunner: Es gab einmal eine "Arbeitsgruppe Sparpaket 2", welche verschiedene Vorschläge deponiert hat. Es wäre einmal interessant zu vernehmen, was damit geschieht. Es gäbe auch verschiedene Bereiche, in denen Möglichkeiten vorhanden wären, aber diese werden einfach auf die Seite geschoben.

Adrian Ballmer: Eine Sanierung über Mehreinnahmen wäre reine Symptombekämpfung. Wenn Mehreinnahmen erzielt werden, werden diese umgehend wieder ausgegeben. Das Problem sind nicht die Einnahmen, welche der Kanton erzielt, sondern die Ausgaben, die getätigt werden.

://: Der Rückweisungsantrag der Schweizer Demokraten wird mit grossem Mehr gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Damit ist Eintreten auf das Budget 1996 beschlossen.

Detailberatung.

Änderungsanträge der Finanzkommission

1005.436.10 Landrat

Rückforderung Grundbeitrag

Roland Laube: Die Finanzkommission ist der Meinung, dass der Kanton als Arbeitgeber eine solche Rückforderung stellen sollte. Es müsste dabei allerdings gewährleistet sein, dass alle gleich behandelt werden. Wer die ausfallende Arbeitszeit kompensiert, soll nicht darunter fallen.

Peter Brunner: Die SD sind gegen diesen Antrag und bitten, ihn abzulehnen.

Claude Janiak: Wie soll der Regierungsrat dies überhaupt praktizieren?

Andreas Koellreuter: Dem Regierungsrat "stinkt" es echt, diese 10'000 Fr. verteilen zu müssen. Wenn schon, soll der Landrat dies selbst tun. Was hier abläuft, kann nicht anders als "schmürzelig" bezeichnet werden. Hier spart man nun wirklich am falschen Ort.

Roland Meury: Wie hier diskutiert wird, ist bedauerlich. Es geht bei diesem Antrag aber vor allem um ein Signal.

Rolf Rück: Hat sich die Finanzkommission überlegt, welcher administrative Aufwand mit dieser Massnahme verbunden ist?

Rudolf Keller: Die Grundentschädigung von 3'500.-- Fr. steht jedem Mitglied des Landrates zu. Warum sollen die Angestellten des Staates diese zurückzahlen müssen, während jene der Privatwirtschaft ihn behalten können? Da ist die Begründung nicht nachvollziehbar. Es gibt beim Staat noch andere Kommissionen; auch dort müsste also eine Rückforderung gestellt werden. Er ist überzeugt, dass der Antrag der Finanzkommission rechtlich nicht standhalten könnte.

Urs Baumann: Es muss der Privatwirtschaft selbst überlassen bleiben, wie sie das handhaben will. Es geht hier um eine Signalwirkung.

Peter Tobler: Wenn der Regierungsrat ausreichende Gründe gegen eine solche Regelung hat, soll er diese nennen.

Roland Laube: Die Idee wäre, dass der Regierungsrat ein Modell ausarbeitet. Den Betrag von 10'000 Franken hat man eingesetzt, weil man nicht genau weiss, wieviel dies letztlich ausmachen wird. Man hat auch nicht geprüft, wie gross der administrative Aufwand wäre.

Hildy Haas: Man diskutiert im Landrat immer wieder über die Ausstandsregel. Es wird im Volk nicht verstanden, wenn Staatsbeamte im kantonalen Parlament sitzen und dafür auch noch entschädigt werden.

Bruno Steiger: Der Betrag von 3'500.-- Fr. bezieht sich nicht nur auf die Präsenzzeit im Landrat, sondern gilt für die ganze Tätigkeit, welche mit diesem Amt verbunden ist.

://: Dem Antrag der Finanzkommission wird mit 41 : 13 Stimmen zugestimmt.

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Die nächste Landratssitzung findet statt am

Donnerstag, 14. Dezember 1995, 10.00 Uhr

*

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber:

